

Den gordischen Knoten in Berlin kann nur eine Minderheitsregierung durchschlagen

Der Gordische Knoten war in der griechischen Mythologie ein extrem komplexer und kunstvoll geschlungener Knoten, der den Wagen des Königs Gordios an einer Deichsel befestigte. Einer Prophezeiung zufolge sollte derjenige, der den unentwirrbaren Knoten lösen konnte, Herrscher über ganz Asien werden.

Als im Jahr 333 v. Chr. Alexander der Große auf seinem Feldzug irgendwann die Stadt Gordion in Phrygien (heutige Türkei) erreichte, wurde ihm dort der legendäre Wagen und der Knoten gezeigt. Nachdem er vergeblich versucht hatte, ein Ende des Seils zu finden, zog Alexander sein Schwert und durchtrennte den Knoten kurzerhand mit einem einzigen, entschlossenen Hieb. Problem gelöst.

Wenn es doch immer so einfach wäre

Haben Sie sich die Bundestagsdebatte Anfang der Woche angetan? Also, ich bin vergnügenssüchtig.

Und ganz ehrlich, diese Debatten sind wieder hitzig, fast fühlt man sich an die Zeiten von Strauß und Wehner erinnert, oder?

Seit die AfD 2017 ins Hohe Haus eingezogen ist, ist wieder Stimmung in der Bude. Und wissen Sie was? Die beiden Fraktionen, die in den Politikfeldern, die uns am Herzen liegen, deutlich die größten Schnittmengen haben, geben es sich am Rednerpult am schmutzigsten.

Dabei hätten CDU/CSU und AfD eine deutliche Mehrheit, die Dinge in Deutschland wieder ins Lot zu bringen.

Doch, wenn man die Reden verfolgt, muss man unumwunden feststellen: der heftigste Streit, der rüdeste Ton, herrscht zwischen genau diesen Parteien.

Ja, Grüne, Linksextreme und SPD kläffen auch munter mit, aber im Grunde freuen sich die Protagonisten dort.

Weil sie wissen, dass sie nach der Bundestagswahl im Februar eigentlich nichts mehr zu melden hätten. Die sogenannte „Brandmauer“ der Union zur rechten Konkurrenz sichert Roten und Grünen einen Einfluss auf die Politik, der ihnen überhaupt nicht mehr zusteht. Die Wähler wollen eine Politikwende, eine deutlich erkennbare, eine echte, nicht eine, die nur rhetorisch proklamiert wird.

Und, bitte, halten Sie sich fest: die ist nur mit der AfD möglich

Die Bundestagsdebatte war ein echter Schlagabtausch.

Oppositionsführerin Alice Weidel (AfD) stellte einen 12-Punkte-Plan vor. Sie warf Bundeskanzler Merz

vor, er habe sich aus dem Wahlprogramm der AfD bedient. Mit der Brandmauer lasse er sich aber zum Gefangenen einer „linken Einheitsfront“ machen. Ein Schwerpunkt des 12-Punkte-Plans der AfD ist die Energiepolitik. Die AfD werde „das gescheiterte Experiment Energiewende“ beenden und die Kernkraft zurückholen. Und Erdöl soll wieder in Russland gekauft werden, weil es dort günstiger ist.

Ja, Russland, das Ausschlusskriterium schlechthin

Für die Union, aber auch für den Koalitionspartner SPD. Für den ging Dirk Wiese ans Rednerpult und warf der AfD vor, nicht deutsche, sondern russische Interessen Deutschlands im Bundestag zu vertreten.

Wir sollten an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass es führende SPD-Politiker wie Schröder, Steinmeier und Schwestig waren, die uns in eine fatale Abhängigkeit von Russland geführt haben. Und dass Herr Stegner und andere Genossen, auch von der CDU, gern mal zum freundlichen Stelldichein mit Putins Abgesandten nach Baku in Aserbaidschan fahren. Da redet irgendwie niemand mehr drüber...

Dirk Wiese kritisierte dennoch völlig zurecht, die AfD habe „7.000 sicherheitsrelevante Anfragen“ im Bundestag und den Landtagen gestellt – etwa zu Militärtransporten und kritischer Infrastruktur. „Was vertreten Sie wirklich für Interessen als AfD-Fraktion?“, fragte Wiese mit Blick auf die Reisen der AfD-Politiker nach Russland. Und schimpfte: „Sie schlagen Löcher in das Schiff Deutschland“.

Jens Spahn, Chef der CDU/CSU-Fraktion konzentrierte sich in seiner Rede auf den Streit um die Rentenreform, wandte sich aber dann auch an die AfD-Fraktion wegen ihrer fragwürdigen Russland-Nähe.

Der CDU-Politiker warf Alice Weidel vor, wie die „fünfte Kolonne Putins“ zu reden. Und wandte sich dann an den Co-Vorsitzenden der AfD, Tino Chrupalla, der jüngst auf die Frage nach Putins Kriegsverbrechen in einer Fernsehshow antwortete, ihm habe Putin nichts getan. Spahn: „Was geht eigentlich bei ihnen im Kopf vor?“ Das Radikale der Sprache, der Verrat am eigenen Land – das stehe bei AfD-Rednern immer im Vordergrund. Und so weiter und so weiter.

Von einer Annäherung der Union und der AfD keine Spur.

Im Gegenteil, die Gräben werden erkennbar immer tiefer

Doch die Zahlen sind, wie sie sind. Die AfD ist zu einem mächtvollen politischen Spieler geworden – über Bande. Denn der Versuch, die Partei einzumauern ist gescheitert. Auch, weil die Strategie der AfD, direkt Kontakt aufzubauen zu den Mächtigen in Washington und Moskau ein Erfolg ist. Wenn Merz mit uns nicht reden will, rufen wir halt im Weißen Haus oder im Kreml an und besprechen unsere Dinge.

Das Anwachsen der AfD in den Parlamenten, diese realistische Chance auf die Bildung von eigenen Landesregierungen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern im kommenden Jahr, das macht die bürgerliche Mitte nervös.

Dabei trägt insbesondere die Union einen Großteil der Schuld daran. Nicht nur mit ihrer idiotischen Flüchtlingspolitik ab 2015.

Das schlimmste Versagen ist ihre Unfähigkeit zum Dialog mit den eigenen Milieus.

„Mit denen reden wir nicht“, hatte die Chefin Angela Merkel damals angeordnet, als die AfD als Reaktion auf die sogenannte „Euro-Rettungspolitik“ entstand. Hätte man damals das Gespräch mit den zutiefst bürgerlichen Herren Lucke, Henkel und Starbatty gesucht, Deutschland wäre heute ein anderes Land - und das im positiven Sinne. Aber nein, alles rechtsextrem. Petry, Meuthen, alles rechtsextrem.

Die Realitätsverweigerung der Union, die totale Unfähigkeit zur Selbstkritik, das ist bis heute dramatisch.

Und selbst mit der WerteUnion konnte man nicht reden

Parteiausschlussverfahren war alles, was dem Konrad-Adenauer-Haus einfiel zu der innerparteilichen Basisbewegung, die einfach nur den verhängnisvollen Merkel-Kurs in der Flüchtlingspolitik stoppen wollte.

Selbst diese Treuesten der Treuesten der Unions-Familie drängte man raus.

Dass die WerteUnion-Partei dann ein Flopp wurde, spielt keine Rolle, diese 5000 Leute könnten heute alle noch drin sein und für die Union in Wahlkämpfe ziehen. Und Hans-Georg Maaßen wäre vielleicht sogar ein ausgezeichneter Innenminister geworden.

Aber vorbei, sie haben es versemmt

Und sie haben auch heute keine Ahnung, was sie jetzt tun sollen.

Nach der Bundestagswahl im Februar haben ich und wenige andere in Artikeln geschrieben, dass eine Politikwende zum Wohl unseres Landes nur mit der Mehrheit von CDU/CSU und AfD möglich ist. Und das sehe ich auch heute so.

Gleichzeitig ist eine Koalition von Union und AfD im Bund ausgeschlossen, und das aus gutem Grund. Die Europa-Partei CDU und die „Dexit“-Träumer der AfD, wie sollen die gemeinsam Politik machen in einem Land, das inzwischen mehr als die Hälfte aller politischen Entscheidungen vor dem Hintergrund dessen trifft, was in Brüssel verabredet wird? Wie soll Deutschland seine Rolle im globalen Spiel der Kräfte halten, ohne dass Europa mit uns gemeinsam an einem Strang zieht zwischen den Machtzentren in Washington, Neu Delhi und Peking?

Und die Union war immer eine transatlantisch ausgerichtete Partei - der entscheidende Grund, warum es den Deutschen im Westen ab den 50er Jahren wirtschaftlich immer besser ging, und den Deutschen unter russischer Oberaufsicht in der DDR schlechter.

Jeder weiß das, jeder weiß, dass es ohne Sowjeten und Russen keine DDR gegeben hätte, keine Mauer, keine Stasi, kein Schießbefehl und keine Panzer gegen streikende Arbeiter 1954.

Jeder weiß das, und dennoch gefällt sich ein Teil der AfDler in Ostdeutschland in kritikloser Putin-Besessenheit. Weil Amerika - haben wir in 30 Jahren DDR gelernt - der Feind ist.

Nein, mit dieser AfD kann und wird es keine institutionelle Zusammenarbeit der Union geben, ohne dass die Partei sich sortiert und sich vom „freundlichen Gesicht des Nationalsozialismus“ ebenso verabschiedet wie von den Touri-Gruppenreisen nach Moskau und Sotchi. Viele in der Spitze der AfD wissen das. Aber es ist nicht einfach, gegen Schnellroda diesen Kampf aufzunehmen.

„Erst kommt das Land, dann die Partei“ ist ein gern verwendeter Satz deutscher Politiker. Selbst Angela Merkel hat den benutzt, Friedrich Merz auch, Christian Lindner natürlich.

Aber wenn das stimmt, dann reicht Zuschauen nicht mehr aus.

Die Mutter aller großen Probleme, die wir in Deutschland haben, ist die Massenmigration in unsere Sozialsysteme und Kriminalstatistiken. Die Klima-Hysterie schadet der deutschen Wirtschaft inzwischen in manchen Branchen existenzbedrohend. Atomkraft muss wieder ein Thema werden, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, die Förderung der traditionellen Familien gehört endlich wieder auf die politische Tagesordnung, die Renten müssen sicher und finanziertbar sein, und den Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk braucht auch kein Mensch mehr.

Zu allen diesen Themen kann es schnell andere Lösungen geben, wenn Union und AfD nicht an „Brandmauern“, sondern an unser Land denken.

Es gibt - Stand heute - keine andere Möglichkeit, als eine Minderheitsregierung der Union in Berlin, die sich ihre Mehrheiten mit wechselnden Partnern erkämpft. Das ist mühsam, aber - jetzt festhalten! - einen anderen Weg gibt es nicht.

**+++Unterstützen Sie meine Arbeit mit Ihrer Spende zur
Weihnachtszeit+++Konto D18 1005 0000 6015 8528 18 oder mit PayPal
@Vers 1 Medien GmbH+++**

Genauer hinschauen? Das sollte auch die AfD tun...

Das Berliner Verwaltungsgericht hat entschieden: Der Deutsche Bundestag durfte dem AfD-Mitarbeiter Ulrich Oehme den Hausausweis fürs Parlamentsgebäude verweigern. Weil er ein Sicherheitsrisiko

darstellte und vermutlich weiter darstellt...

Und interessant: Oehme war von 2017 bis 2021 selbst Bundestagsabgeordneter für die AfD, verlor dann aber bei der Kandidatenaufstellung für den Wahlkreis Chemnitz gegen den Publizisten Michael Klonovsky.

Vor Wochen tobte ja auch hier die Diskussion um die SPD-Kandidatin Brosius-Gersdof für das Bundesverfassungsgericht. Und die Union wurde zurecht massiv kritisiert, dass sie damals bei der furchtbaren Kandidatin aus Potsdam nicht genauer hingeschaut hat.

Aber was sind das eigentlich für Leute, die die AfD für den Deutschen Bundestag aufstellt?

Bernhard Ulrich Oehme stammt aus Bischofswerda in Sachsen und war bis 1989 strammer SED-Genosse.

Nach dem Schulabschluss drei Jahre Wehrdienst bei der Nationalen Volksarmee (NVA), dann Studium, Abschluss Diplom-Ingenieur für Metallurgie und Werkstofftechnik. Dann die Wende, fortan selbstständiger Versicherungsmakler, dessen Arbeitsbereich von 1994 bis 1997 in der Ukraine, Belarus und Russland lag.

Finde ich interessant. Die Versicherungsmakler, die ich kenne, haben ihren Sitz in Berlin und Kleinmachnow. Man fragt sich, wem er denn da wohl alles welche Versicherungen verkauft hat.

2017 bis 2021 wurde Oehme AfD-Bundestagsabgeordneter, der SED-Genosse nun im Gewand des rechten Patrioten.

2017 vom deutschen Volk gewählt und fürstlich bezahlt, geht die Reise gleich im kommenden Jahr auf die russisch besetzte ukrainische Halbinsel Krim.

Inoffizieller „Wahlbeobachter“ zur russischen Präsidentschaftswahl wird er und befindet – alles läuft einwandfrei und demokratisch ab da bei den Russen:

Er sei „*angenehm überrascht*“ über den Wahlverlauf, die Abstimmung sei „bestens organisiert“ gewesen.

Später kommt heraus, dass Oehmes Reise auf die Krim zur Wahlbeobachtung vom russischen Parlament bezahlt worden war.

Als der SPIEGEL und das ARD-Politikmagazin „Kontraste“ davon erfuhr und berichtete, bestritt der AfD-Mann die Vorwürfe und behauptete gegenüber „Tag24“: „*Die Reise wurde von einer externen Organisation bezahlt.*“ Wie die heiße, da könne er sich aber leide gerade nicht erinnern.

Doch Papier ist geduldig

In einer Transparenzerklärung, die Oehme Anfang 2019 gegenüber der Parlamentarischen Versammlung des Europarats abgegeben hatte, waren seine Reisekosten nach Russland damals vom Ausschuss für

Internationale Angelegenheiten der Staatsduma beglichen worden. Haarig, denn laut Gesetz ist für Bundestagsabgeordnete die Annahme von „geldwerten Zuwendungen“ unzulässig, wenn sie als „Gegenleistung“ ihr Mandat nachweisbar nach den Interessen des Spenders ausüben.

„Kontraste“ fand heraus, dass damals auch weiter sieben AfD-Bundestagsabgeordnete zur „Wahlbeobachtung“ in Russland waren, von wem auch immer bezahlt. Aber hier geht es ja um Herrn Oehme.

Nachdem er nicht Direktkandidat in Chemnitz geworden war, gründete er dort einen Verein mit dem schönen Namen „*Vereinigung zur Abwehr der Diskriminierung und der Ausgrenzung Russlanddeutscher sowie russischsprachiger Mitbürger in Deutschland*“ (VADAR). Und wurde gleich Vorsitzender. Da kommt Freude auf.

Dieser Verein leugnet auf Telegram von russischer Seite begangene Kriegsverbrechen in der Ukraine und kümmert sich um Geld. Gemeinsam mit dem Rektor der Schirinowski-Hochschule in Moskau gründete Oehme zu diesem Zweck das „Institut für Gesellschaftsforschung gGmbH“. In einem anonymisierten Beschluss des Verwaltungsgerichts heißt es dazu:

„Über dieses Institut wurden bis zu seiner Liquidation im Januar 2025 die Spenden für den Verein VADAR e. V. abgewickelt.“

Außerdem habe Oehme persönlichen Kontakt zur russischen Menschenrechtskommissarin Tatjana Moskalkova gepflegt, die das Amt seit April 2016 innehat. Vorher hatte sie – wie viele Personen im engen Umfeld von Russlands Präsident Wladimir Putin – für den russischen Sicherheitsapparat gearbeitet und war auch Duma-Abgeordnete für Putins Partei „Gerechtes Russland“. Moskalkova ist von der EU mit Sanktionen belegt.

So, und nun die Preisfrage: Wundert sich jemand, dass es in Berlin leicht für alle anderen Parteien ist, die „Brandmauer“ zu dieser AfD hochzuhalten?

Moldau wählt die Freiheit

Allen Drohungen aus Moskau zum Trotz, gegen alle Desinformationskampagnen und Maßnahmen der hybriden Kriegsführung aus Moskau haben die Moldauer bei ihrer Parlamentswahl am Sonntag klargestellt, wohin für sie die Reise gehen soll. Und das ist nach Westen.

Die proeuropäische Regierungspartei PAS von Staatschefin Maia Sandu errang mit 50,03 Prozent der Stimmen einen fulminanten Wahlsieg, der von Russland unterstützte „Patriotische Block“ kam nur auf

24,3 Prozent.

Das moldauische Volk habe sich „trotz des Drucks und der Einmischung“ Russlands „klar und deutlich“ für „Demokratie, Reformen und eine europäische Zukunft entschieden“, schrieb EU-Ratspräsident António Costa nach Bekanntwerden des Ergebnisses im Onlinedienst X.

Und Bundesaußenminister Johann Wadephul (CDU) sicherte Sandu die weitere deutsche Unterstützung auf dem Weg in die EU zu. „Die Menschen in Moldau haben sich gestern für Freiheit und Demokratie, für Rechtsstaatlichkeit und für die Aussicht auf eine gute Zukunft für ihr Land entschieden“, sagte Wadephul. Diese Entscheidung zeige, welche Kraft die Vision Europa, die Vision EU, weiter auf die Menschen habe. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) sagte, kein Versuch Russlands, Angst und Spaltung zu säen, habe den Willen der Moldauer brechen können. Die Tür der Europäischen Union stehe offen und man werde Moldau auf jedem Schritt seines Weges unterstützen.

Putins Mann in Moldau, Igor Dodon, rief seine Anhänger in der Nacht zu Montag bereits zu Protesten auf und behauptete, er habe die Wahl gewonnen. Aber die Wirklichkeit ist: die Menschen überall in Osteuropa wollen weg vom russischen Einfluss – große Mehrheiten in Belarus, der Ukraine, Georgien und Moldau haben das in demokratischen Abstimmungen bewiesen. Wo dieser Prozess aufgehalten wurde, war es nur durch nackte Gewalt möglich.

Die frühere Sowjetrepublik Moldau ist ein strategisches Ziel Putins im Kampf, den Einfluss des freien Westeuropas zurückzudrängen oder wenigstens zu stoppen. Moskau nutzt dazu vermeintliche oder tatsächliche Spannungen im Land zwischen rumänisch- und russischsprachigen Bewohnern, zwischen EU-Anhängern und Russenfreunden, zwischen der europafreundlichen Hauptstadt und der Provinz, wo man noch stark an Mütterchen Russland hängt.

Seit über 30 Jahren halten russische Soldaten den östlichen Teil Moldaus, Transnistrien, besetzt, das durchaus ein Touristenmagnet ist, tatsächlich aber eher wie ein Sowjet-Museum wirkt.

Nehmen wir die wachsende Gefahr eines Dritten Weltkrieges eigentlich ernst?

Vergangene Nacht haben polnische und holländische F-16-Kampfflugzeuge über Polen mehrere russische Drohnen abgeschossen, die dort überhaupt nichts zu suchen hatten. Die Russen wollen die NATO „testen“ heißt es, nach Schwachstellen suchen, um irgendwann – eventuell 2029 nach Einschätzung des BND – auszuprobieren, wie ernst wir es in der NATO und dem Artikel 5 zur Beistandsverpflichtung meinen.

Kommt die Kavallerie aus den USA wirklich, wenn Putin irgendwo in Lettland unbedingt eine bedrohte russische Minderheit zu schützen vorgibt. Grüne Männchen mit Gesichtsmasken und Kalashnikows, die plötzlich auf den Straßen patrouillieren.

Litauen, Lettland und Estland sind, das weiß man bei den NATO-Partnern, die Schwachstelle des Bündnisses an der Ostflanke. Die sogenannte „Suwalki-Lücke“, ein schmaler Korridor zwischen Putins Satellitenstaat Belarus und der russischen Exklave Kaliningrad, wäre kaum zu verteidigen. Würde Russland hier angreifen und die „Suwalki-Lücke“ schließen, wäre das Baltikum vom Bündnisgebiet der NATO-Partner getrennt.

Dann würde es verdammt ernst auch für die deutsche Brigade in Litauen, die irgendwann einmal 5000 Soldaten dort haben soll und in diesem Fall zweifellos mitten im Fadenkreuz eines sich anbahnenden großen Krieges stehen würde.

+++Unterstützen Sie diesen unabhängigen und nicht korrumptierbaren Blog bitte mit einer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers1 Medien GmbH+++

Sind wir darauf vorbereitet? Nehmen wir das ernst? Beschäftigen sich Frau Reichinnek und Herr Chrupalla mit solchen Fragen?

Ich würde nicht einmal darauf wetten, dass diese „Spitzenpolitiker“ jemals von der „Suwalki-Lücke“ gehört haben...

Mein Thema heute ist die Frage, ob wir uns tatsächlich im Vorfeld eines sich anbahnenden Dritten Weltkrieges befinden?

Das ist nicht wahrscheinlich, weil bei einem solchen Krieg niemand gewinnen, aber Millionen, viele Millionen Menschen, alles verlieren können. Und es ist leider nicht mehr auszuschließen.

Russland, China, Iran Nordkorea - das muss man als Bedrohung ernstnehmen

Und die Volksrepublik China ist in diesem Spiel noch der rationalste Partner auf Seiten der „Achse des Böses“. Allein das ist beunruhigend genug. Auch Indien und Brasilien mischen auf der falschen Seite mit, Venezuela hat gerade sieben Millionen junge Männer bewaffnet für einen Konflikt mit den USA, der seit Jahren schwelt und nun heiß zu werden droht.

Vergangene Nacht sind mehrere russische Drohnen in den polnischen Luftraum eingedrungen. Schiffe der russischen „Schattenflotte“ fahren kreuz und quer auf Nord- und Ostsee herum, um Ziele im Fall eines Krieges in Europa auszuspionieren. Gerade haben Spezialkräfte der deutschen Sicherheitsbehörden ein solches Spionageschiff gestoppt, durchsucht und in Kiel festgesetzt.

Das Frachtschiff „Scanmark“, ein 75 Meter langer Frachter, fährt offiziell unter der Flagge des Karibikstaates *St. Vincent und den Grenadinen*, Eigentümer ist die estnische Reederei Vista Shipagent.

Die „Scanmark“ ist auf ihrer Fahrt von Rotterdam nach Finnland aufgefallen, als sie in der Nähe der deutschen Bundesmarine immer wieder Drohnen aufsteigen ließ, um Kriegsschiffe zu filmen.

Warum diese Drohnen nicht von unseren Soldaten abgeschossen wurden, bleibt deren Geheimnis.

Wahrscheinlich durften sie nicht und mussten erst irgendwas mit „Diplomatie“, das klingt so schön friedlich bemüht. Aber es ist sinnbildlich dafür, dass große Teile Deutschlands – ich vermute auch Westeuropas – immer noch nicht begriffen haben, in welcher großen Gefahr wir uns alle befinden.

Offiziellen Zahlen zufolge produziert die russische Rüstungsindustrie in diesem Jahr etwa 2500 Marschflugkörper, ballistische Raketen und Hyperschallraketen. Bis Ende dieses Jahres außerdem weitere 57 Kampfflugzeuge vom Typ Su-57, Su-35, Su-34 und Su-30. Und 250 Kampfpanzer vom Typ T-90M und 1100 Schützenpanzer vom Typ BTR-3 und BTR-82A sowie 365 Artilleriesysteme.

Die erstaunlich fintenreiche, widerstandsfähige und technisch zunehmende unabhängige Ukraine zerstört jeden Tag ein paar davon. Der Abwehrkampf der Ukraine gegen die russischen Invasoren ist längst auch ein Abwehrkampf für das ganze Europa. Schon aus eigenem Interesse müssen Deutsche und Europäer der Ukraine in diesem Kampf jede mögliche Unterstützung gewährleisten.

Denn wenn Putin und seine internationalen Handlanger Erfolg haben mit ihren Plänen, dann Gnade Gott unseren Kindern und Enkeln.

Vom „Jürgen“, der wirklich weiß, was die Mächtigen hinter den Kulissen treiben

Was haben wir uns alle gefreut über den Erfolg der freien Medien in den vergangenen Jahren, die zusammen inzwischen Millionen Bürger regelmäßig mit Nachrichten und Meinungen versorgen, die beim publizistischen Mainstream nicht gewünscht sind. Vergangene Woche habe ich eine Übersicht über die Reichweiten der wichtigsten Titel gesehen. Ich kann mich nicht verbürgen für die Korrektheit der Zahlen, halte sie aber für plausibel.

Auf Platz 1 mit etwas mehr als sechs Millionen Zugriffen im Monat lag Tichy's Einblick, was mich überrascht hat. Auf Platz 2 NIUS, für mich gerade der Trendsetter schlechthin. Dann Reitschuster und neu Apollo News. Alles wunderbare Medien, bunt, vielfältig und konservativ. So wie wir hier, die zusammen mit TheGermanZ/KELLE im Monat etwa 1,2 Mio Zugriffe verzeichnen.

Aber jede Medaille hat seine Kehrseite

Denn obgleich das Internet dafür sorgt, dass nichts mehr unter den Tisch gekehrt werden kann - außer in Nordkorea vielleicht, wo das Internet für die Masse der Bevölkerung einfach abgeschaltet bleibt - ist es inzwischen zu einem Tummelplatz für bezahlte Trolle geworden, die - manche einfach nur naiv und ahnungslos - vielfach bezahlte Agitatoren sind, die professionell Desinformation betreiben.

Ausnahmsweise ist das mal ein Feld, auf dem Russland die Nase weit vorn hat und sogar Präsidentschaftswahlen in den USA erfolgreich beeinflussen kann. Ich denke da an die clevere Internetkampagne gegen Hillary Clinton und ihre geleakten Mails, genau passend in die letzten Wochen vor der Wahl im November 2016 platziert.

Die Präsidentschaftskandidatin der Demokraten war vorher (2009 bis 2013) US-Außenministerin und hat in dieser Zeit über ihren privaten E-Mail-Server rund 60.000 Nachrichten verschickt oder erhalten.

Darunter waren streng geheime Informationen, wie das FBI bestätigte. Und da standen Dinge drin, die gar nicht gut ankommen beim Wahlvolk. So zum Beispiel über die langjährige Verflechtung von Außenministerium und der Stiftung ihres Ehemanns Bill.

Auch die - tatsächlich wahre - Geschichte von Hunter Bidens Laptop in einem Computerladen in Washington DC ist leider wahr. Da hat ein neugieriger Ladenbesitzer mal reingeschaut und das dann an die Republikanische Partei weitergegeben. Sagenhaft, oder? Manches kann man sich gar nicht ausdenken. In diesem Fall also mal nicht die Russen, was einige Leser hier beruhigen dürfte.

Ich könnte stundenlang weiterschreiben

Über all diesen Schrott, der gelesen und - schlimmer - geglaubt wird. Von gebildeten Menschen. Dass Ukraines Präsident Selenskyj ein Casino auf Zypern gekauft hat mit 60 Millionen Euro aus deutschen Steuergeldern. Als ich davon das erste Mal las, musste ich laut lachen. Das können die doch nicht glauben, dachte ich. Aber sie glauben es wirklich, weil sie es unbedingt glauben wollen.

Toll ist auch die Geschichte, wo Frau Selenskyj angeblich in London war - Urlaub vom ungemütlichen Kiew - und für 10.000 Euro in einem Dessousladen Seidenunterwäsche erworben haben soll. Seidenstrümpfe und String - bezahlt vom deutschen Steuerzahler.

Und, als sei das nicht schon lächerlich genug, zeitgleich wurde das Internet über die asozialen Netzwerke geradezu geflutet mit dem Foto der angeblichen Rechnung des Einkaufs. Ließe sich Frau Selenskyj eine Rechnung - nicht Quittung - für solche Einkäufe ausstellen, wenn diese stattgefunden hätten? Wofür? Um sie als Betriebskosten bei der Steuererklärung in Kiew abzusetzen?

Oder ist es einfach neuester Bullshit aus der Kreml-Trollfabrik in St. Petersburg, Hetze gegen den Anführer der Ukraine und seine Familie mit dem Ziel, den Unterstützungswillen der Deutschen für die Ukraine zu brechen? Natürlich ist das das Ziel.

Heute Morgen um 2.42 Uhr schreibt mir eine Frau, die ich seit vielen Jahren kenne

Sie schickt mir ein Video einer offenbar ganz neuen Internetsite namens „Augen-auf-Medien“, in der groß und bunt die alte Geschichte von den angeblichen US-Militärlaboren ausgerechnet in der Ukraine aufgewärmt wird. Wenn man ein Geheimlabor“ betreibt, dann geht man damit ja gerade dort hin, wo der Feind jeden Tag angreift und nicht in die Wüste Gobi, wo man sie nicht finden kann. Logisch, oder? Ein bisschen Nervenkitzel muss sein.

Auslöser des ganzen Hoax ist eine bulgarische Journalistin, die seit Jahren über angebliche Biolabore der USA in der Ukraine (und Georgien) schreibt. Fakten hat sie nicht, aber gruselige Geschichten über zum Beispiel angebliche amerikanische Webseiten mit Informationen dazu, die plötzlich verschwunden seien, als die Russen die Ukraine angriffen (2022). Tatsächlich wurden die Seiten bereits 2005 einfach stillgelegt. Aber die Vermischung von Tröpfelchen Wahrheit mit einer großen Verschwörungsgeschichte klappt immer – egal ob bei 9/11 oder bei Frau Selenskyjs Seidenstrümpfen.

Eigentlich wollte ich Ihnen aber von der WhatsApp-Nachricht meiner Bekannten erzählen.

Sie schickt mir also – garniert mit Beschimpfungen, dass ich ja überhaupt keine Ahnung habe, was wirklich so vorgeht – dieses Schwachsinnsvideo von einer Seite namens <https://augenaufmedien.de/>. Und dort weiß man nun wirklich, was passiert auf der Welt.

Auf der Startseite schreiben die Betreiber: „*Augen Auf Medien UG ist ein gerade geründetes Unternehmen, dass aus einer Privat-Initiative entstand. Motto: Anders, aber gut!*“ Geschäftsführer ist ein „Jürgen“. Unter „Team“ steht ...nichts. Auch unter „Geschichte“ und „Karriere“ steht nichts. Ein Impressum gibt es nicht, einen Verantwortlichen im Sinne des Pressegesetzes auch nicht, außer „Jürgen“ wahrscheinlich.

Aber sie wissen ganz genau, wie das mit den geheimen Biolaboren der Amis in der Ukraine wirklich ist. Ich glaube, ich werde die jetzt abonnieren...

Was hat es mit dem Geheimflug von Moskau nach Südamerika auf sich?

Völlig unter dem Radar der allgemeinen Öffentlichkeit in Deutschland und Europa, ist vor einigen Tagen etwas Merkwürdiges passiert, das inzwischen die westlichen Geheimdienste intensiv beschäftigt. Aber Sie als Leser dieses ungewöhnlichen Blogs sollten schon früh erfahren, was hinter den Kulissen passiert.

Ein Frachtflugzeug des russischen Typs Iljushin Il-76 mit dem Kennzeichen RA-78765 ist am 7. August in

Moskau gestartet. Die Maschine der privaten Fluggesellschaft Aviacon Zitotrans in Yekaterinburg landete auf ihrer Reise in Baku (Aserbaidschan), Algiers (Algerien) und Conakry (Guinea) und erreichte am 10. August den Flughafen der brasilianischen Hauptstadt Brasilia.

Über die Fracht und die Mission ist nichts bekannt, was eigentlich der Fall sein müsste, wenn aus einem Land am anderen Ende der Erde irgendwas importiert wird. Jedenfalls teilte die sozialistische Regierung auf entsprechende Anfragen..nichts mit.

+++Bitte helfen Sie mir, diesen Blog lebendig halten zu können+++ Mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers1 Medien GmbH+++

Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva gilt neben Kim Jong Un in Nordkorea und den Mullahs in Teheran inzwischen als einer der engsten Verbündeten Putins gegen den Westen. Das war nicht immer so.

Als im vergangenen Jahr der russische Außenminister Sergej Lawrow nach dem G20-Gipfel in Rio de Janeiro nach Brasilia weiterfliegen wollte, verweigerte *Vibra Energia* die Betankung seiner Maschine aus Furcht vor Wirtschaftssanktionen der USA. Und auch auf dem Hinflug hatte Lawrow viel Zeit, um in seiner Iljuschin Il-96 alte Filme aus der Stalinzeit zu gucken und Tomatensaft zu trinken. Da der europäische Luftraum für russische Regierungsflieger nach Putins Angriffskrieg auf die Ukraine gesperrt ist, war die übliche Flugroute von Moskau nach Rio nicht nutzbar. Lawrow musste Europa umfliegen und über die Türkei, Marokko und Kuba Südamerika ansteuern lassen.

Von dem aktuellen Vorgang wissen wir übrigens über ein Online-Portal aus der Schweiz *aero TELEGRAPH*, das aus der weltweiten Luftfahrtindustrie mit viel Detailkenntnis gerade auch bei Themen mit Bezug zu Russland glänzt. Hochinteressant etwa die Deals Russlands, dessen Luftfahrtindustrie unter den westlichen Sanktionen besonders leidet und wo viele Airbus-Maschinen inzwischen am Boden bleiben müssen. Nun hat - ganz aktuell - das russische Verkehrsministerium Vorschläge von zwei ausländischen Fluggesellschaften erhalten, wie *aero TELEGRAPH* berichtet. Al Masria Universal Airlines aus Ägypten und South East Asian Airlines (SEAir) International von den Philippinen wollen danach russische Airbus A320 und A321 übernehmen und die Flüge zwischen russischen Städten und Urlaubszielen bei ihnen übernehmen. Konkret geht es um Verbindungen zu den Städten Wladiwostok, Krasnojarsk, Irkutsk und Nowosibirsk.

Vermittelt hat das Geschäft übrigens eine Firma namens Melon Aero in Montenegro. Diese Firma und ihr Eigentümer Oleg Evdokimov wären auch mal eine Betrachtung wert, aber das führt heute hier zu weit.

Zurück zum Thema

Gab es geheimnisvolle Fracht, etwa Waffen, die mit dem mysteriösen russischen Flieger nach Brasilia gebracht wurden? Immerhin heißt es, noch am Vortag hätten Putin und Lula miteinander telefoniert. Aber das können wir wirklich nicht verifizieren.

Aber eine Quelle mit direkten Kontakten nach Brasilien flüsterte mir heute Morgen, dass die Maschine - wohl am 12. August - nach Venezuela weitergeflogen ist. Möglicherweise wolle der Kreml seinen Sozialisten-Spezi Nicolás Maduro aus Caracas ausfliegen. Da würden sie dann wohl auch wieder um Europa herumfliegen müssen.

NATO selbstbewusst an der Ostflanke

Der amerikanische Vier-Sterne-General Christopher Donahue hat sich bei einer Konferenz in Wiesbaden zu Verteidigungsplänen der NATO-Partner an der Ostflanke zu Russland geäußert. Dabei kündigte er an, dass das westliche Verteidigungsbündnis zum Beispiel in der Lage sei, die russische Enklave Kaliningrad an der Ostsee zwischen Litauen und Polen „in einer noch nie dagewesenen Zeitspanne und schneller als jemals zuvor vom Boden aus einzunehmen“.

Russland reagierte nicht amüsiert und drohte direkt mit einer atomaren Reaktion, sollte da passieren. Und Kreml-Sprecher Dmitri Peskow beklagte den „bedauerlichen Zustand“ der aktuellen Beziehungen zwischen Russland und den Vereinigten Staaten.

SPD-Politiker treten der eigenen Bundesregierung in den Rücken und betreiben Lobbyarbeit für Putin in Deutschland

Prominente SPD-Politiker unterstützen in einem neuen Papier, das sie „Manifest“ nennen, den Hegemonialanspruch Russlands über Europa, eine Reduzierung des amerikanischen Einflusses und letztlich ein Stück weit die Unterwerfung Deutschlands gegenüber Putins Machtanspruch. Klanghafte Namen wie der frühere Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich sind darunter, der Linksaßen und Kreml-Versteher Ralf Stegner, aber auch der frühere Parteichef Norbert Walter-Borjans und Ex-Bundesfinanzminister Hans Eichel.

Das „Manifest“ fordert die Aufnahme von Gesprächen mit dem Kreml und spricht sich sowohl gegen die

erhöhten Rüstungsanstrengungen der von der SPD mitgetragenen Bundesregierung als auch gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen aus.

+++Unterstützen Sie unabhängigen Journalismus mit Ihrer Spende auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder überPayPal @KelleKlaus+++

„In Deutschland und in den meisten europäischen Staaten haben sich Kräfte durchgesetzt, die die Zukunft vor allem in einer militärischen Konfrontationsstrategie und Hunderten von Milliarden Euro für Aufrüstung suchen“, schreiben die Verfasser und bedienen damit 1:1 liebgewonnene Kreml-Narrative, wenn sie etwa von „wechselseitigen Bedrohungswahrnehmungen zwischen Nato und Russland. Ohne zu berücksichtigen, dass die Bedrohungslage derzeit ausschließlich von Russland ausgeht, das einen mörderischen Angriffskrieg gegen das Nachbarland Ukraine führt, dem inzwischen mehr als eine Million Menschen auf beiden Seiten zum Opfer gefallen sind.“

Und die Verfasser grätschen der eigenen Bundesregierung von hinten in die Beine, denn was sie dort schreiben, verstößt komplett gegen die Politik der aktuellen Bundesregierung.

Eher in den Bereich Satire gehören wohl ernstgemeinte Sätze wie „Für eine auf Jahre festgelegte Erhöhung des Verteidigungshaushalts auf 3,5 oder 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gibt es keine sicherheitspolitische Begründung“, heißt es weiter, obwohl die Vernachlässigung der Bundeswehr und der Notwendigkeiten zur Landesverteidigung von der SPD über Jahrzehnte mit betrieben wurde.

Was machen diese Sozialdemokraten also jetzt da?

Eine Partei, die einst ja eine schlimme Geschichte von Verfolgung durch die Kommunisten und Moskau hatten. Das begann bereits in den 30er Jahren in der Sowjetunion. Lenin und Stalin nannten den „Sozialdemokratismus“ das größte Hindernis auf dem Weg zur Vollendung des reinen Kommunismus. „Es ist unmöglich, dem Kapitalismus ein Ende zu bereiten ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung ein Ende bereitet zu haben. Deshalb ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung“, wird Stalin selbst zitiert.

Doch man muss gar nicht so weit zurück in die Geschichte schauen.

Viele Sozialdemokraten suchten sich nach der erneuten Wahlniederlage bei den Bundestagswahlen vom September 1965 eine neue Orientierung und wurden bei der SED in Ostdeutschland fündig. Mit den Genossen in der DDR suchte man das Gespräch, verfasste später gemeinsame Friedenspapiere, die praktisch auf das Ende des Wiedervereinigungsgebots unseres Grundgesetzes zielten. Die SPD mischte fortan mit bei den Ostermärschen und der Anti-Atombewegung, die – wie heute jeder weiß – schon damals durch den SED-Staat finanziert und durch ihren westdeutschen Ableger DKP orchestriert wurden.

„Verständigung“ und „Aktionseinheit“ aller „proletarischen und demokratischen“ Kräfte gegen die CDU/CSU, lautete das Motto der SPD damals, die ja in Ostdeutschland vorher mit den Kommunisten zur SED fusioniert worden war. Das fand bereits im April 1946 im (Ost-)Berliner „Admiralspalast“ statt.

Sozialdemokraten, die sich dem Druck der sowjetischen Militärregierung nicht unterwarfen, wurden als Feinde des Volkes geschmäht und verfolgt. Das führte so weit, dass die *Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten* (AvS), einst geründet von Sozialdemokraten, die von den Nazis verfolgt worden waren, ihre Reihen öffnete für Genossen, die auch unter der SED in der DDR verfolgt wurden.

Zwischen 1984 und 1989 traten SPD und SED in einen intensiven Dialog ein, vorgeblich, um den Frieden in Zeiten zunehmender Spannungen zwischen NATO und Warschauer Pakt zu sichern. Was nur wenigen in der SPD klar war, waren die tatsächlichen Intentionen der anderen Seite, der es darum ging, international an Ansehen und Reputation zu gewinnen. Das gemeinsame Papier sollte zugleich ein gutes Klima im Vorfeld des Honecker-Besuchs in Bonn schaffen.

Es gäbe viele Beispiele anzuführen, auch übrigens welche, die positive Entwicklungen förderten wie die Entspannungspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und seinem Mastermind Egon Bahr. Historiker sind sich heute weitgehend einig, dass auch sie den Weg geebnet haben für einen später in die Deutsche Einheit mündenden Prozess. Entscheidend war letztlich aber der ökonomische Misserfolg der DDR.

Als äußerst fragwürdig muss hier auch die Abkehr der SPD von der Zentralen Dokumentationsstelle für DDR-Verbrechen in Salzgitter genannt werden und zuletzt natürlich die Trickserei, mit der führende SPD-Politiker den Bau der Nord Stream 2-Pipeline in der Ostsee durchsetzten.

Ein Schande, dass sich bis heute kein Untersuchungsausschuss des Bundestages mit der Rolle Schröders, Schwesigs, Plazecks und anderer dabei beschäftigt. Gegen deutsche Interessen unser Land in die Abhängigkeit eines Verbrecherstaates wie Russland zu führen - in einem funktionierenden Staat würden da Staatsanwälte ermitteln und Gerichte aktiv werden.

Was also treibt die Stegners und Mützenichs dieser Welt an?

Die Lobbyarbeit, die ein Teil der AfD, die Linke und Wagenknechts Spittergruppe BSW für Moskau betreiben, ist schon heute ein zunehmendes Ärgernis. Sollte die SPD aber insgesamt wieder in alte Muster vor der Zeit ihres Godesberger Programmes kippen, dann würde das sicher zu einer deutlichen Verschärfung der Gefährdungslage Deutschlands führen.

Bei der AfD tut sich was

Die Fraktionen im Deutschen Bundestag haben ihr Personale tableau für die Besetzung der Fachausschüsse mit ihren Abgeordneten weitgehend abgeschlossen. Als besonders wichtig gilt dabei neben dem Haushaltausschuss und dem Wirtschaftsausschuss der Auswärtige Ausschuss. Und da gab es

gestern in der Fraktionssitzung der AfD eine interessante Personalentscheidung, über die heute mehrere andere Medien berichten.

Der zuletzt außenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion Matthias Moosdorf wurde da nämlich politisch rasiert, wie man es selten erlebt hat. Der Putin-Fan und Honorar-Cellist an der Gnessin-Akademie, einer von zwei Musikhochschulen in Moskau, wurde „durchgereicht“, wie man das bei Abstimmungen in der Politik so nennt. In mehreren Kampfabstimmungen trat er an, um wieder für die AfD in den Auswärtigen Ausschuss zu kommen. Und jedes Mal erteilte ihm die Mehrheit der Fraktion eine Abfuhr. Als es um den letzten AfD-Platz dort ging, den zehnten, gab Moosdorf entnervt auf und verzichtete.

Ändert sich das gerade etwas bei der AfD?

Im Westen der Republik stößt vielen Parteimitgliedern und Funktionären seit langem der zu russlandfreundliche Kurs ihrer Partei auf. Sie erinnern sich noch an den Besuch des Parteivorsitzenden Tino Chrupalla und des Ehrenvorsitzenden Alexander Gauland am 9. Mai 2023 in der russischen Botschaft, wo sie mit russischen Diplomaten und uniformierten Offizieren den Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges mitfeierten?

+++Sie wissen, dass die Zukunft unseres Blogs auf dem Spiel steht+++Jeder Euro hilft zum Überleben+++Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18. Vielen Dank!+++

Vielen in der Partei, vor allem im Westen, war die Russlandnähe mancher Kollegen schon lange ein Dorn im Auge.

Denken Sie an die prominenten AfD-Köpfe Maximilian Krah (Bundestag) und Petr Bystron (Europaparlament) die wegen möglicher Geldzahlungen aus Russland von deutschen Sicherheitsbehörden im Auge behalten werden. Genau genommen wird gegen sie ermittelt und man will ihnen ihre parlamentarische Immunität abnehmen.

Denken Sie an die Reisegruppen von AfD-Abgeordneten nach der Annexion der Krim 2014, die sich da von den russischen Eroberern instrumentalisieren ließen und für Fotoshootings eingeflogen wurden, an die „Wahlbeobachter“ von den AfD, die Putins Wahlfarce ganz toll demokratisch fanden. Es gäbe noch vieles andere in diesem Zusammenhang zu erzählen, aber bemerkenswert ist schon, dass die Parteispitze der AfD das Problem erkannt zu haben scheint.

Russland ist kein Gewinnerthema

Vielleicht in manchen Teilen Ostdeutschlands, aber die neue Administration von Donald Trump in Washington, die Liebesbekundungen von Elon Musk und JD Vance gegenüber der AfD-Chefin Alice Weidel – all das verändert etwas auch in der deutschen Politik.

Wer politisch mitspielen will, der muss bereit sein, Verantwortung zu übernehmen als parlamentarische

Kraft. Und die AfD ist eine starke Kraft. Wer aber immer wieder an Grundpfeilern der deutschen Politik rüttelt wie der Westbindung, der bleibt halt draußen, wenn nach Wahlen die Karten der Macht neu verteilt werden.

Wenn es die AfD ernst meint mit der politischen Verantwortung für Deutschland, und wenn sie sich von Figuren mit zweifelhaften Loyalitäten wie Moosdorf löst oder dem anderen Parteifreund, der in der Fraktion gegenüber Kollegen offen damit prahlt, dass er Geheimdokumente aus dem Verteidigungsausschuss an die russische Botschaft in Berlin weitergeleitet hatte „und nicht einmal was dafür haben wollte“, dann ist vieles möglich, was der Partei bisher verwehrt wurde. Dann kann es mittelbar auch zu spürbaren Änderungen im Umgang mit der Partei kommen.

Die Union hat gerade schmerhaft feststellen müssen, dass das mit ihrer „Brandmauer“ machtstrategisch keine wirklich gute Idee war. Aber die war alternativlos. Denn wir sind Deutschland. Und Deutschland ist Westen. Alles andere kommt danach, die EU, die USA und ganz besonders Russland, das auch gegen unser Land seit Jahren einen intensiver werdenden hybriden Krieg führt. Deutschland zuerst muss die Devise für unsere Abgeordneten sein. Links, rechts – egal, aber sie müssen für uns hier Politik machen und nicht für die Interessen anderer Staaten oder Einflussgruppen.

Frieden in der Ukraine? Wer soll das denn absichern?

Der amerikanische Präsident Donald Trump versichert, die USA und Russland hätten sich auf einen „Deal“ zur Beendigung des Krieges in der Ukraine verständigt. Und Trumps Sondergesandter Steve Witkoff ist heute Morgen erneut auf dem Moskauer Flughafen Wnukowo gelandet, um mit der Kremlspitze weiter über diesen angeblichen „Deal“ zu verhandeln. Der russische Außenminister Segej Lawrow gibt inzwischen den netten Onkel und versichert im US-Fernsehnetzwerk CBS, es seien nur noch ein paar Details zu klären, dann könnte man einen Friedensvertrag unterschreiben – zwischen Russland und den USA. Ein paar Details bedürften jetzt noch der „Feinjustierung“, aber: „Wir bewegen uns in die richtige Richtung.“

Merken Sie was? Irgendwas fehlt doch da...

Ach ja, richtig! Die Ukraine. Was deren Recht ist, was die Ukrainer wollen, und was die zum ganzen Theater sagen – das spielt anscheinend keine Rolle.

Und deshalb wird es in absehbarer Zeit auch keine Einigung, keinen Frieden und keine Waffenruhe geben. Leider...

Donald Trump hat im Wahlkampf den Amerikanern versprochen, er werde den Krieg in der Ukraine

innerhalb von 24 Stunden nach Amtsübernahme im Weißen Haus beenden.

Das hat nicht ganz geklappt, aber haken wir es ab. Politiker halt. Und wenn man in einem Land lebt, in dem der zukünftige Bundeskanzler vor der Wahl die strikte Einhaltung der Schuldenbremse verspricht, und wenige Tage danach das größte Schuldenprogramm in der Geschichte auflegt, dann sollte man sich in puncto Wahlversprechen wirklich anderen gegenüber zurückhalten.

Außer Aktionismus hat die Trump-Administration bisher nichts vorzuweisen. Dennoch hat Trump – unbeabsichtigt oder in vollem Bewusstsein – einen guten Job gemacht. Für den Kreml.

Nicht nur, dass er unablässig auch die irrsinnigen Narrative des Kreml nachplappert (Selenskyj sei schuld am Krieg), dass er den ukrainischen Präsidenten vor den Augen der Welt wie einen Schuljungen maßregelt im Weißen Haus und sich über dessen Kleidung lustig macht, er erzielt eine beträchtliche Wirkung in der amerikanischen Bevölkerung, was deren Einstellung gegenüber Putins Russland anbetrifft.

+++Die Zukunft dieses freien Mediums wackelt+++Wenn Sie unsere Kommentare und Analysen schätzen, dann spenden Sie bitte mit PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf unser Konto DE19 1005 0000 6015 8528 18+++

So äußerten sich in einer seriösen Umfrage vergangenes Jahr noch 61 Prozent der Amerikaner in die Richtung, dass die Russische Föderation eine große Gefahr für Nordamerika und Europa darstellt. Jetzt, ganz aktuell, sehen das nur noch 50 Prozent so. Der Kreml sollte ein paar Flaschen Krimsekt ins Weiße Haus schicken, wahrscheinlich würden sie die direkt öffnen und austrinken vor lauter Putin-Besoffenheit. Ohne zu checken, ob Nowitschok drin ist.

Dabei zeigt, und das überrascht mich wirklich, Trump, wie schwach er als mächtigster Mann auf dem Planeten in Wirklichkeit agiert oder vielleicht sogar ist. Während der US-Präsident von „Deals“ und von großen Fortschritten auf dem Weg zum Frieden palavert, lässt Putin Tag für Tag weiter Bomben und Raketen auf ukrainische Städte hageln, jeden Tag sterben dort unbeteiligte Zivilisten, Frauen und Kinder. Und wie reagiert Trump darauf? Auf X mit einem Tweet „Vladimir stopp!“ Das wird den Massenmörder im Kreml tief beeindruckt haben.

Und so ist es alternativlos, dass Europa schnell und stark in das Machtvakuum stößt, das sich gerade auftut

Aber nicht einmal dazu sind wir in der Lage.

Auf Ungarn und die Slowakei ist kein Verlass mehr, das wissen alle. Beunruhigend ist, dass nun auch die Niederlande anfangen zu wackeln. NATO-Generalsekretär Mark Rutte war jüngst bei Donald Trump im Weißen Haus und sagte anschließend, man sei sich einig, dass Russland auf Sicht die größte Bedrohung für den Frieden in der Welt darstellt. Ist man sich da wirklich einig?

Europa und die NATO sind ganz offensichtlich nicht mehr voll handlungsfähig, wenn es um die Ukraine geht.

So versucht man nun, eine „Koalition der Willigen“ auf die Beine zu stellen. Mit Frankreich,

Großbritannien, Polen und Deutschland als Kernteam. Deutschland? Ach halt, wir haben ja noch gar keine Bundesregierung, keinen Kanzler, keine Minister. Nix.

Nicht, dass das unseren Lebensalltag bisher irgendwie negativ beeinträchtigt. Aber Koalition der Willigen ohne Anführer? Wie soll das gehen?

Und überhaupt, wie kann denn einer anführen - nehmen wir an, er wollte es - ohne eine starke funktionsfähige Armee? Und wenn die Amerikaner ausfallen - ich hoffe immer noch, dass das nicht passiert - wer breitet dann den atomaren Schutzschild schnell über uns aus? Deutschland kann es ja nicht sein, Frankreich und England haben welche, aber viel zu wenige, und Macron wird kaum Friedrich Merz fragen, was er mit seinen Atomraketen tun oder lassen soll.

Gehen wir ganz praktisch vor

Nehmen wir an, Trump und Putin bekommen einen Deal hin, Selenskyj stimmt zu und gibt ein Fünftel des Staatsgebietes als Belohnung an den Massenmörder im Kreml ab. Wer sichert das dann ab?

Die Amis wollen nicht mitmachen, aber ohne deren Ausspähfähigkeiten, ihre Satelliten, wird es nicht gehen. Welche europäischen Armeen könnten die Absicherung eines Friedensschlusses in der Ukraine garantieren und im Notfall auch Russland trotzen? Klar, Soldaten aus den europäischen NATO-Ländern gäbe es wohl - aber ausreichend?

Bundeswehr-Generalleutnant a. D. Roland Kather beziffert die Anzahl der benötigten Streitkräfte mit bis zu einer Viertelmillion Soldaten, weil die Kontingente rotieren müssen. Sind die in Europa verfügbar, ohne dass die Verteidigung der jeweiligen Staaten gefährdet wäre? Jetzt werden sogar erste Stimmen laut, man müsse Blauhelmsoldaten aus Afrika für die Absicherung der Ukraine einfliegen. Geht's noch?

Und dabei muss ein unangenehmes Thema auf den Tisch, das die Unterstützer der Ukraine lange nicht angerührt haben.

Was ist mit den geschätzt 250.000 wehrfähigen jungen Männern aus der Ukraine, die in Deutschland einen Flüchtlingsstatus haben und die sich offenbar der Verteidigung ihres eigenen Landes verweigern? Ja, die Ukraine muss unterstützt werden, um sich zu verteidigen. Wir müssen ihnen weiter Waffen, Know How, Munition und auch nachrichtendienstlich helfen. Aber es ist nicht einzusehen, dass wir darüber sprechen, unsere Kinder als Soldaten in die Ukraine zu schicken, während eine Viertelmillion ukrainische wehrfähige Männer sich der Pflicht zur Verteidigung ihres eigenen Vaterlandes bei uns in Deutschland entziehen.